

Vortrag auf der Tagung: *“Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus”* im Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung am 31.05.2016

Juliane Lang, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus, Berlin

Strategien im Umgang mit Rechtspopulisten und extremer Rechter:

Antifaschismus und Feminismus zusammen denken

Die AfD wird mittlerweile in trauter Einigkeit als antifeministische Partei bzw. Partei mit antifeministischer Agenda benannt. Das liegt unter anderem an ihrer engen Vernetzung im Netzwerk organisierter Antifeminist/innen von Stuttgart bis Annaberg-Buchholz, von Besorgten Eltern, über fundamentalistische Christ/innen bis hin zu internetaffinen Maskulisten. Die Partei ist nicht nur gut vernetzt, sie trägt auch antifeministische Kampagnenthemen in den politischen Diskurs. Hierfür reicht ein Blick ins Parteiprogramm sowie die Wahlprogramme der Länder: Gefordert wird dort das Beschneiden reproduktiver Rechte wie das Recht auf straffreien Schwangerschaftsabbruch (Vgl. Parteiprogramm, Stand: 09.06.2016), die Abschaffung der Geschlechterstudien (Vgl. Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt), ein Ende der Benachteiligung von Männern durch den Feminismus (Vgl. Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt) sowie die Definition der Ehe als Gemeinschaft von zwei Personen unterschiedlichen Geschlechts bzw. der Familie als die Gemeinschaft von Personen unterschiedlichen Geschlechts mit biologischen Kindern (Vgl. Parteiprogramm, Stand: 09.06.2016). Mit letzterer Forderung trägt sie in anderer Form das vor, was ein Netzwerk antifeministischer Akteure derzeit europaweit als Petition an das EU-Parlament vorbereitet („Europäische Initiative Vater Mutter Kind“). Antifeminismus ist bei der AfD also Kampagnenthema – und wird in der Auseinandersetzung mit ihr an prominenter Stelle benannt.

Bei der NPD und anderen klassisch extrem rechten Akteuren finden wir in Teilen ähnliche Forderungen, der antifeministische Gehalt derer wird jedoch selten benannt. Auch die NPD fordert schon seit langem die besondere Förderung heterosexueller, kinderreicher, „deutscher“ Familien zu Ungunsten homosexueller und/ oder „nicht-deutscher“ Familien. Familien- und geschlechterpolitische Entwürfe der Partei sind dabei fast immer rassistisch oder homophob konturiert: So Karl Richter, der in der familienpolitischen Broschüre der NPD aus dem Jahr 2013 schreibt: „Mögen andere ihr Heil in einer irrwitzigen Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik sehen, so bleibt für uns der Fortbestand des deutschen Volkes oberstes politisches Ziel.“. Oder Gitta

Schüssler, von der es anlässlich des Tages der Familie am 15. Mai 2012 heißt: „Im Gegensatz aber zu anderen Parteien (...) erscheint es uns nicht sinnvoll, sogenannten ‚modernen Familienformen‘ hinterherzu-heckeln, schwulen Minderheiten Adoptionsrechte einzuräumen und ganz allgemein ‚Beziehungen der Beliebigkeit‘ unter dem Deckmantel der ‚Moderne‘ zu propagieren.“ Auch das Portal „Free Gender – Gender Terror abschaffen“ war bereits 2009 an einer hochgradig antifeministischen Kampagne beteiligt – wurde jedoch in der Regel lediglich als neonazistisch charakterisiert, selten als antifeministisch.

Anders als etwa bei der AfD ist die klassische bzw. neonazistische Rechte politisch vergleichsweise isoliert, wollen explizit antifeministische Netzwerke und Akteure nichts zu tun haben mit den „Schmuddelkindern“ der NPD, setzt selbst der prominente Maskulist Arne Hoffmann einen Link zur Anti-Nazi-Seite „Endstation Rechts“ auf seine Seite. Neonazis betreiben somit antifeministische Politik, werden jedoch nicht ins Visier von Analyse und Handeln gegen antifeministische Phänomene genommen.

Wie lässt sich nun die Analyse antifeministischen Denkens in der extremen Rechten in Strategien des Umgangs mit ihnen einbeziehen? Eine Antwort hierauf kann sein: lasst uns Antifaschismus und Feminismus zusammen denken. So führen Anna Berg und Thea Zorn in der aktuellen Ausgabe der Monatszeitung analyse und kritik aus, dass der AfD nur mit einem Zusammendenken von Antifaschismus und Feminismus zu begegnen ist. Antifaschistische Gruppen verwiesen bereits seit Mitte der 1990er Jahre auf die Notwendigkeit, Antifaschismus und Feminismus miteinander zu denken – in Bezug auf die klassische extreme Rechte von NPD und Co ebenso wie bei Neuer Rechter und Co.

Wir haben es bei der AfD mit einer Gleichzeitigkeit aktiver Frauen in hochrangigen Funktionen zu tun – die eine hochgradig antifeministische, teils frauenfeindliche Agenda vertreten. Virulent scheint die Frage zu sein, wie es denn sein könne, dass mit Beatrix von Storch und Frauke Petry (ausgerechnet) zwei Frauen die politische Bühne der AfD derart prominent bespielen. Die Frage ist in sich bereits tendenziös: Hier schwimmt i.d.R. die weitverbreitete Annahme mit, dass Frauen weniger rassistisch, und vor allem weniger antifeministisch denken. Dies ist nicht der Fall – wie wir aus Einstellungserhebungen, Wahlumfragen etc. wissen. Einzig bei der Frage des Organisationsgrads und der Beteiligung an Gewalttaten unterscheiden sich die

Zahlen zwischen Frauen und Männern (was Aufschluss über die Szene, nicht über die dahinter stehenden Einstellungen gibt). Somit lässt sich darüber diskutieren, was es uns über die Partei sagt, dass Frauen dort das Führungspersonal stellen – nicht jedoch über die Frauen selbst.

Nicht zuletzt das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus verweist seit Jahren auf die Notwendigkeit, Frauen als politische Akteurinnen ernst zu nehmen. Dies beinhaltet im Falle der Bundesvorstandsfrauen Frauke Petry, Beatrix von Storch und Alice Weidel eben auch, sie für ihre politischen Inhalte zu kritisieren, unabhängig von ihrem jeweiligen Lebensentwurf und persönlichen Vorlieben. Das einzig Interessante an der Trennung Petrys von ihrem Ehemann ist doch, dass sie einen Brief verfasste, in dem sie den persönlichen Schritt ihren Parteikolleg/innen mitteilte, um nicht an Glaubwürdigkeit als verantwortungsvolle Frau und Mutter zu verlieren. Dies gibt Rückschlüsse auf die frauenfeindliche Haltung der Partei – sich nicht an erster Stelle um Ehe, Familie und vor allem Kinder zu kümmern, würde ihr die Fähigkeit absprechen, eben jene Themen glaubwürdig im politischen Diskurs vertreten zu können – jedoch nicht über die Politikfähigkeit Petrys.

Petry die Trennung, Beatrix von Storch ihre Kinderlosigkeit oder Alice Weidel ihre gleichgeschlechtliche Partnerschaft vorzuwerfen bzw. diese überhaupt zu thematisieren, halte ich für einen Ausdruck eines doppelten Standards, der auch in der Auseinandersetzung mit Frauen in der extremen Rechten angelegt wird. Wir wissen so viel mehr über deren Privatleben als über das eines Bernd Lucke, Björn Höcke oder Andre Poggenburg. Antwort eins also: **Frauen als politische Subjekte ernstnehmen – auch wenn uns ihre jeweilige politische Position nicht gefällt.**

Ein zweiter Antwortversuch bezieht die Orte antifeministischen Wirkens mit ein. Einer der zentralen Säulen neonazistischer Politik ist lange Zeit die Organisation von Aufmärschen gewesen: es ist richtig und wichtig gewesen, gerade zur Hochzeit neonazistischer Aufmärsche in den 2000er Jahren diese zu blockieren und Neonazis daran zu hindern, ihre geschichtsrevisionistische, rassistische und auch antifeministische Hetze auf die Straße zu tragen. Die Strategie der Blockade neonazistischer Großevents hat über die Jahre dazu beigetragen, dass diese deutlich zurück gegangen sind. Selten sammeln sich heute zu einer *neonazistischen* Demonstration noch mehr als 1000 Teilnehmer/innen. Ein Erfolg von breiten

heterogenen Bündnissen aus Antifaschist*innen, Zivilgesellschaft, Parteien, NGOs und weiteren. Ähnliches ist bei neueren Phänomenen bislang nicht gelungen.

Heute sind es Pegida, Hogesa und andere, die zu Aufmärschen mobilisieren, an denen Neonazis teilnehmen, wo immer wieder einschlägig bekannte Neonazis auch an der Organisation beteiligt sind – wo es jedoch keine klassisch extrem rechten Akteure sind, welche die Veranstaltungen initiieren. Durch die Mobilisierungen von Pegida und den Ablegern in diversen bundesdeutschen und teilweise internationalen Städten zieht sich Antifeminismus wie ein roter Faden. In der Mobilisierung dagegen taucht er jedoch selten auf, oder geht – wenn denn überhaupt benannt – im Zusammenspiel mit einem völkischen Nationalismus und Rassismus unter.

Einzelne Versuche, Aufmärsche sog. Lebensschützer und anderer dezidiert antifeministischer Gruppen zu blockieren waren zuletzt von Teilerfolgen gekrönt. Teilerfolge, weil es gelungen ist, den Marsch der Abtreibungsgegner/innen in Berlin im September vergangenen Jahres zwischenzeitlich aufzuhalten und gegenteilige Positionen auf die Straße zu tragen. Ich glaube trotzdem, dass die Notwendigkeit einer Intervention gegen antifeministische Demonstrationen ungleich schwerer zu vermitteln ist. Weil antifeministisches Denken in der Form zunächst keine unmittelbare, sondern eher mittelbare Bedrohung für das gesellschaftliche Zusammenleben in all seiner Pluralität sexueller, geschlechtlicher und familialer Lebensweisen darstellt. Und natürlich weil Antifeminismus – und die dem zu Grunde liegende Vorstellung einer streng heteronormativen Ordnung – sehr viel anschlussfähiger ist in weiten Teilen der Gesellschaft. Das macht sich die Rechte zu Nutzen. Die AfD ist nicht der einzige Akteur, der abgerückt von der Anti-Euro-Politik sich heute als „Familienpartei“ (Vgl. Petry 2014) beschreibt und mit einer explizit antifeministischen Agenda Einfluss in politische Diskurse sucht.

Der AfD geht es um Einfluss, um die Mitsprache in gesellschaftlichen Diskursen, um das wahrgenommen werden. Die parlamentarischen Fraktionen, so die Erfahrungen aus all jenen Bundesländern, in denen die AfD im Landesparlament vertreten ist, sind hierfür nur Mittel zum Zweck. Wenn man es runterbricht auf die einst von der NPD ausgerufene Politik der Drei-Säulen (Kampf um Straße, Köpfe, Parlamente), so zeigt sich die klassische extreme Rechte zuletzt resigniert und gibt den Kampf um Köpfe (d.h. auch Diskurse) und Parlamente an die wesentlich erfolgreichere AfD ab

(so rief die NPD zuletzt dazu auf, bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt mit der Erststimme AfD zu wählen).

Neonazis stellen sich selbst außerhalb des gesamtgesellschaftlichen Diskurses, und machen es uns damit einfacher, sie genau dort immer wieder stehen zu lassen. Die AfD dagegen entspringt dem gesellschaftlichen Diskurs – und prägt diesen mit. Somit ist es ungleich schwerer, sie aus dem Diskurs rauszuhalten. Man muss ihrer Hetze *im* Diskurs etwas entgegen setzen. Es ist sicherlich richtig – wenn auch nicht ausreichend -, in der Auseinandersetzung mit einzelnen AfD-Vertreter/innen auf deren neonazistische Vergangenheit oder Nähe zu klassisch neonazistischer Politik hinzuweisen.

Worum es aber letztlich gehen muss ist ihnen den Resonanzbereich für in diesem Fall antifeministische Politiken zu nehmen – auch die stumme Zustimmung durch Schweigen. Die Reaktionen auf die Äußerungen Alexander Gaulands zum Fußballspieler Jerome Boateng gingen in die richtige Richtung. Eine ähnlich dezidierte und vor allem prominente Reaktion auf antifeministische Äußerung von AfD-Verantwortungsträger/innen blieb bislang aus – und zeugt bei aller Benennung der AfD als antifeministisch von einer noch ausstehenden Auseinandersetzung darum, was das bedeutet und wo die Gefahr dessen liegt.

Antifaschismus und Feminismus ganz praktisch miteinander zu verzahnen heißt aber letztlich auch, sich mit eigenen Geschlechterbildern auseinander zu setzen und politische Strategien in einem offensiven Umgang mit der AfD und anderen Rechtspopulist/innen zu entwickeln! Das heißt nicht zwangsläufig und immer mit ihnen zu diskutieren, sondern **dass wir wieder über jene Themen zu diskutieren, anhand derer Rechtspopulist/innen derzeit erfolgreich um Zustimmung buhlen.** Und Themen wie Feminismus oder Geschlechterpolitiken wieder zu unseren **Themen machen, die wir offensiv im gesellschaftlichen Diskurs vertreten, für die wir uns streiten.**

Was ist damit gemeint: die von rechts feindbildgeprägten Begriffe Feminismus und Gender müssen wieder von Feminist*innen definiert, mit Inhalten gefüllt und verteidigt werden. Gender-relevante Themen müssen in Bezug auf ihren Zugewinn für ein Mehr an individueller und gesellschaftlicher Freiheit gesehen, und nicht als Dogma einer kleinen Anzahl machtvoller „Genderisten“ stigmatisiert werden. Die Forderung einer Ehe für alle offensiv verteidigt werden – und das nicht nur von einer

kleinen Gruppe von Menschen, sondern von Antifaschist*innen ebenso wie von LGBTQI*-Aktivist*innen, von Feminist*innen ebenso wie von NGO-Aktiven. Der AfD und anderen Antifeminist*innen geht es in ihrem selbstgenannten „Antigenderismus“ darum, Deutungsmacht in gesellschaftlich relevanten Diskursen zu gewinnen.¹ Machen wir ihnen diese streitig – und streiten wir uns mit ihnen, über sie – nur: geben wir unsere Themen und Inhalte dabei nicht auf!

¹ Wenn Thilo Sarrazin in seinem Buch »Der neue Tugendterror« also schreibt, dass sich der »Begriff der Ehe von seiner inneren Logik her nur auf die sexuelle Beziehung von Partnern unterschiedlichen Geschlechts« beziehen könne, dann macht er damit genau das, was Weißmann als Strategie beschreibt und begibt sich in eben jene Auseinandersetzung um die Deutungshoheit von Begriffen.